



### Presseschau vom 28.03.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Nachtrag vom 26.3.:

#### mfa.gov.by: **Kommentar der Pressedienstes des Außenministeriums der Republik Belarus im Zusammenhang mit der Erklärung der Botschaft der USA vom 25. März 2021**

[Die Erklärung, auf die sich der nachfolgende Text bezieht, befindet sich hier (auf englisch): <https://by.usembassy.gov/u-s-embassy-statement-13/>]

Im Zusammenhang mit der Erklärung der Botschaft der USA vom 25. März 2021 bringen wir der amerikanischen Seite unseren aufrichtigen Dank für die endlich gezeigte Bereitschaft zum Ausdruck, die bilaterale Rhetorik in ein konstruktives Gleis zu führen, und für die Gratulation zu einem bedeutsamen Datum in der Geschichte unseres Landes. Wird würden eine Ausweitung dieser Praxis auf Staatsfeiertage nur begrüßen.

Wir geben unseren Fehler zu und nutzen die Gelegenheit, um uns für das Fehlen von Gratulationen zu dem kürzlichen 160. Jahrestag der Annahme der Verfassung der Konföderierten Staaten von Amerika zu entschuldigen, deren Flagge nach wie vor vielen Amerikanern teuer ist. Gleichzeitig hat die Bewegung BLM im ganzen Land Dutzende von Millionen Beteiligte.

Leider ist die amerikanische Gesellschaft heute zutiefst gespalten, wie J. Biden erklärte: „Ich konzentrierte mich vollständig darauf, Amerika zu vereinen, unser Volk zu vereinen, unsere Nation zu vereinen ... Die Kräfte, die uns teilen, sind sehr tief und stark... Lassen Sie uns von vorn beginnen. Lassen Sie uns beginnen, einander zuzuhören, einander wahrzunehmen, einander zu sehen ...“

Auch wir unterstützen das Bestreben des amerikanischen Volkes hin zu einer besseren

Zukunft – an diesem und an allen anderen Tagen! Deshalb meinen wir, dass nur ein echter inklusiver Dialog der amerikanischen Nation helfen wird, sich zu diesem schwierigen Zeitpunkt der Geschichte zu vereinen. Als uneigennützig Geste des guten Willens ist Belarus, das Erfahrungen als Ort für die Verhandlungen im Rahmen der dreiseitigen Kontaktgruppe (zur Ukraine; Anm. d. Übers.) hat, bereit, seine Dienste der Sache der Organisation eines solchen Prozesses zur Verfügung zu stellen.

Wir werden nach Kräften jegliche Unterstützung leisten, unter anderem durch Heranziehen unserer Partner in den Integrationsstrukturen (der GUS; Anm. d. Übers.). Obwohl mehr als zwei Jahrhunderte seit der Ausrufung der Unabhängigkeit vergangen sind, zeigen die letzten Ereignisse in den USA, dass der Kampf der Amerikaner für Freiheit noch weitergeht. Derzeit fordern Hunderttausende von Amerikaner aller Altersgruppen öffentlich ihr Recht, das Schicksal ihres Landes zu bestimmen. Viele zahlen einen hohen Preis für den Versuch, ihre Stimme zu Gehör zu bringen, weil die derzeitige Regierung gezwungen war, sogar tödliche Waffen einzusetzen und einige Menschen zu erschießen, um sich an der Macht zu halten und die Ergebnisse der Wahlen abzusichern.

Wir sind begeistert von dem Mut und der Entschlossenheit der amerikanischen Helden, darunter J. Assange, E. Snowden und C. Manning, die praktisch alles für wahre Freiheit und Harmonie in der amerikanischen Gesellschaft geopfert haben. Belarus wartet zusammen mit dem amerikanischen Volk ungeduldig auf den Tag, an dem der einfache Amerikaner frei und unbehindert am Kapitol spazieren gehen kann.

Wir sind der ernannten Botschafterin der USA in Belarus J. Fisher für den unschätzbaren Hinweis an das ganze belorussische Volk dankbar, wann und wie Wahlen durchgeführt werden müssen. Zweifellos hätte es unser primitives und dürftiges belorussisches Denkvermögen niemals erlaubt, selbst diese Frage zu lösen. Als Zeichen der außergewöhnlichen Dankbarkeit ist das Außenministerium bereit, außer der Reihe einen Antrag Ihrer Exzellenz auf Erhalt der belorussischen Staatsbürgerschaft anzunehmen, um sie in die Wählerliste aufzunehmen und ihr die Möglichkeit zu geben, an der Abstimmung teilzunehmen. Dies ist natürlich mit einer gewissen von J. Fisher anerkannten elektronischen Plattform auch ohne Staatsbürgerschaft möglich.

Wir können nicht umhin, auf die von der amerikanischen Seite ausgestreckte helfende Hand bei der Durchführung von Wahlen zu reagieren. Solche Errungenschaften des amerikanischen Wahlsystems, wie die Abstimmung per Post und die Wahlmännerkollegien statt einer direkten Willensäußerung, könnten von der belorussischen Seite nachgefragt und studiert werden. Zutiefst berührt von der Aufmerksamkeit der USA für das Schicksal Belarus' könnten wir als erwidern Schritt einen selbstlosen Beitrag zur Entwicklung der Landwirtschaft von Alaska und für eine effektive Aneignung seines Bodens leisten. In diesem Zusammenhang sind wir bereit, die Möglichkeit einer gemeinsamen Verwaltung dieses Territoriums in Erwägung zu ziehen. Sich in der Region befindende belorussische Bauunternehmen könnten zur Weitergabe von Erfahrung und Hilfe für die Einwohner der südlichen Staaten bei der Überwindung von Naturkatastrophen entsandt werden. Aufrichtig wünschen wir dem ganzen amerikanischen Volk Einheit sowie beim Aufsteigen auf der Leiter des amerikanischen Traums nicht ins Straucheln zu kommen.

Wir hoffen, dass der positive Trend in unseren Beziehungen erhalten bleibt und wir gemeinsam zu dem Zeitpunkt kommen, zu dem wir freudig die sechste Flotte der USA an den Meeresküsten von Belarus begrüßen können!

**Außer der Reihe – Lesetipps:**

***Maria Müller: "Vorderste Frontlinie": Pentagon fürchtet wachsenden Einfluss Russlands und Chinas in Lateinamerika***

Vor dem Verteidigungsausschuss des US-Senats beschworen US-Generäle die Bedrohung durch fremde Mächte im früheren "Hinterhof" der USA. Insbesondere der wachsende Einfluss Russlands und Chinas in Lateinamerika ist den Pentagon-Strategen ein Dorn im Auge. ...

<https://kurz.rt.com/2glv>

### de.rt.com: **Überwachung auch zu Hause: Angestellte im Homeoffice bekommen obligatorische Webcams**

Das Arbeiten im sogenannten Homeoffice wurde in den vergangenen 12 Monaten für viele Menschen zur erzwungenen Normalität. Nun bestehen Chefs darauf, ihre Belegschaften genauer zu überwachen. Für viele bedeutet das ein unausweichliches Fernüberwachungssystem. ...

<https://kurz.rt.com/2gse>

### *Susan Bonath*: **Gestorben mit Armut: Verband fordert mehr Pandemie-Hilfe für sozial Benachteiligte**

Viele als "Corona-Tote" Erfasste waren arm, die Sterberaten in abgehängten Gegenden besonders hoch. Lag das wirklich nur am Virus? Der Sozialverband VdK fordert jedenfalls erneut mehr Hilfen für Betroffene. Die Regierung reagiert darauf seit einem Jahr nicht. ...

### de.rt.com: **Hunderttausende Menschen durch falsche Ergebnisse von Antigen-Schnelltests in Quarantäne geschickt?**

Das Ergebnis von Antigen-Schnelltests soll darüber entscheiden, ob jemand einen Laden betreten oder in die Schule darf. Ist das Ergebnis positiv, muss sich die betreffende Person in die Selbstisolation begeben. RKI-Chef Wieler gab nun zu, dass jedes zweite Ergebnis falsch ist. ...

<https://kurz.rt.com/2gsp>

### *Seyed Alireza Mousavi*: **Aufstieg Eurasiens: Neue Konzepte zur Eindämmung von globalen Ambitionen des Westens**

Der westliche Druck auf China und Russland nimmt zu. Nun beraten China und Russland über neue Maßnahmen zur Eindämmung der globalen Ambitionen des Westens, indem sie auch nach alternativen Modellen zur globalisierten Weltordnung streben. ...

<https://kurz.rt.com/2go4>

### **abends/nachts:**

#### snanews.de: **EU sollte Kernkraft als grüne Investition einstufen – Expertenbericht**

Die Gemeinsame Forschungsstelle (JRC) der EU-Kommission ist zur Schlussfolgerung gekommen, dass die Kernkraft als grüne Investition gelten sollte. Dies meldet am Samstag die Nachrichtenagentur Reuters unter Verweis auf den Bericht der Experten.

Die Lagerung von Atomabfall tief unter der Erde sei „angebracht und sicher“, zitiert die Agentur aus dem Dokument. Die Autoren verweisen auf entsprechende Projekte in Frankreich und Finnland.

„Die Analysen ergaben keine wissenschaftlich fundierten Belege dafür, dass die Atomenergie die menschliche Gesundheit oder die Umwelt stärker schädigt als andere Technologien zur Stromerzeugung.“

Die EU-Kommission lehnte eine Stellungnahme zu dem Entwurf ab.

Der Bericht soll nach Reuters-Angaben in der kommenden Woche veröffentlicht werden.

Zwei Experten-Ausschüsse sollen ihn dann drei Monate prüfen, bevor die Kommission eine

Entscheidung trifft. Sie arbeitet an einem Klassifizierungssystem, welche wirtschaftlichen Aktivitäten als nachhaltige Investitionen eingestuft werden sollen.

Im vergangenen Jahr kam es zum Streit unter den Beratern, ob die Atomenergie „grün“ ist. Die eine Seite verwies auf den sehr niedrigen Ausstoß von Treibhausgasen, die andere auf das Problem der Lagerung des radioaktiven Abfalls.

2011 hatte die damalige Bundesregierung unter dem Eindruck der Reaktorkatastrophe in Fukushima einen Atomausstieg beschlossen. Ältere Meiler wurden vorzeitig abgeschaltet, die Laufzeiten insgesamt begrenzt. Das letzte deutsche Atomkraftwerk soll im nächsten Jahr vom Netz gehen.

Die vier Energieversorger bekommen insgesamt gut 2,4 Milliarden Euro vom Steuerzahler, wie die Bundesregierung am 5. März mitteilte. Damit setzte sie ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2016 um, das den Unternehmen Ausgleichszahlungen für verfallene Reststrommengen und Investitionen zugesprochen hatte.



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/0a/1213847\\_0:0:1280:720\\_1280x0\\_80\\_0\\_0\\_dee8768e3b1e976934b32e69b41ae4f8.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/0a/1213847_0:0:1280:720_1280x0_80_0_0_dee8768e3b1e976934b32e69b41ae4f8.jpg)

### **de.rt.com: Ex-Supreme-Court-Richter: Briten könnten weitere zehn Jahre Masken und Abstandsregeln dulden müssen**

Die gegenwärtigen Beschränkungen des öffentlichen Lebens in Großbritannien könnten sich noch auf Jahre hinziehen, meint der ehemalige Richter des britischen Obersten Gerichtshofs Lord Sumption. Diese verglich er mit den Lebensmittelrationierungen in der Nachkriegszeit. Von der Regierung Großbritanniens zu erwarten, dass sie in absehbarer Zeit einen Rückzieher bei den sozialen Kontrollen mache, sei "politisch unrealistisch" – vor allem, weil sich die Öffentlichkeit so sehr an sie gewöhnt habe, erklärte Jonathan Sumption der Zeitung The Daily Mail. Ihm zufolge haben sich die Briten in gewissem Sinne mit den Einschränkungen angefreundet, weil sie sich dadurch in Sicherheit fühlten.

Dabei zog Sumption eine Parallele zur Periode der Austerität in dem ersten Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg in Großbritannien, die sich vor allem durch die sogenannten Lebensmittelrationierungen kennzeichnete. Der Ex-Richter erörterte:

"Die Menschen haben sie befürwortet, weil sie die soziale Kontrolle befürwortet haben."

Als die Labour-Partei aber bei der Unterhauswahl 1951 ihre Mehrheit im Parlament verloren hatte, sei klargeworden, dass die Bevölkerung "die Nase voll" von der sozialen Kontrolle hatte, fuhr Sumption fort. Er zeigte sich überzeugt, dass das Szenario sich auch diesmal "früher oder später" wiederholen werde.

Wie die Experten der britischen Scientific Advisory Group for Emergencies (SAGE) zuvor bereits angedeutet hatten, werden Masken und soziale Distanzierungsmaßnahmen mit hoher Wahrscheinlichkeit in den künftigen Wintersaisons wieder eingesetzt werden müssen, da sich die Atemwegsviren wie das Coronavirus bei Kälte schneller ausbreiten. Mary Ramsay, die

Leiterin der Abteilung für Impfungen bei Public Health England (PHE), räumte am Montag ihrerseits ein, dass die Beschränkungen jahrelang bestehen bleiben könnten, weil Großbritannien warten muss, bis andere Länder ihre Impfprogramme nachgeholt haben. Darüber hinaus äußerte der britische Epidemiologe und Corona-Regierungsberater Neil Ferguson die Meinung, dass die Pandemie einen "kulturellen Wandel" in der Gesellschaft verursacht haben könnte, der das Tragen von Masken wahrscheinlich bald zu einer "Norm" mache.

Laut dem aktuellen Corona-Fahrplan des Premierministers Boris Johnson sollen "alle gesetzlichen Beschränkungen für soziale Kontakte" frühestens am 21. Juni dieses Jahres aufgehoben werden. Dennoch bleibt dahingestellt, wann genau die Bevölkerung des Vereinigten Königreichs zum normalen Leben komplett zurückkehren wird.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/605e004948fbef7b71629a67.jpg>

**vormittags:**

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 27. März 2021 wurde eine Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

19:00 Uhr Swetlodarsk – **Losowoje**: Mörser 120mm (3 Mörsergeschosse), Mörser 82mm (8 Mörsergeschosse), großkalibriges Maschinengewehr.

Informationen über Verletzte unter der friedlichen Bevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.rt.com: **Bank of America: COVID-19 verzögert Indiens Aufstieg zur drittgrößten Volkswirtschaft der Welt**

Indiens Aufstieg zur drittgrößten Volkswirtschaft der Welt wurde durch die COVID-19-Pandemie gebremst. Dies besagen aktualisierte Prognosen der Bank of America. Laut einem Analysebericht der Bank wird ein derartiger Aufstieg nun in den Jahren 2031 oder 2032 erwartet.

Die Abteilung für Investmentbanking der Bank of America (BofA) hat ihre bisherige Prognose über das Tempo, mit dem Indien Japan als drittgrößte Volkswirtschaft der Welt überholen wird, herabgestuft.

Laut dem jüngsten Bericht von BofA Securities wird Indien weitere zehn Jahre brauchen, um Japan vom dritten Platz zu verdrängen. Zuvor war die Agentur davon ausgegangen, dass dies drei Jahre früher im Jahr 2028 geschehen würde.

Die Herabstufung erfolgte Berichten zufolge als Ergebnis der Schockwelle, die die COVID-

19-Pandemie durch die Weltwirtschaft geschickt hat, welche die Nationen auf der ganzen Welt stark beeinflusst und regionale Volkswirtschaften in ihrer Entwicklung behindert. Indranil Sen Gupta und Aastha Gudwani, Ökonomen bei BofA Securities, stellen in dem Bericht klar:

"Wir erwarten nun, dass Indien aufgrund des COVID-19-Schocks nicht im Jahr 2028, sondern im Geschäftsjahr 2031/2032 zur drittgrößten Volkswirtschaft der Welt aufsteigen wird."

Die Analysten fügten hinzu, dass die südasiatische Nation voraussichtlich im Jahr 2031 das nominale BIP Japans in US-Dollar erreichen wird, vorausgesetzt, es gibt ein jährliches Wachstum von neun Prozent. Unter der Annahme eines realen BIP-Wachstums von etwa sechs Prozent, einer durchschnittlichen Inflationsrate von fünf Prozent und einer zweiprozentigen Abwertung. Wenn Indiens Wirtschaft es schafft, um zehn Prozent zu wachsen, kann sie Berichten zufolge Japan bis 2030 übertreffen.

Längere Lockdowns aufgrund der COVID-19-Pandemie führten in Indien zu einer schweren Wirtschaftskrise, die Millionen von Menschen arbeitslos machte, viele von ihnen dauerhaft. Die Wirtschaft des Landes hat sich erholt, es wird jedoch erwartet, dass die Nation einen dauerhaften Verlust von etwa zehn Prozent ihrer Produktion im Vergleich zur vorpandemischen Zeit erleiden wird.

Laut BofA Securities verstärken sich nach wie vor die strukturellen Triebkräfte des Wirtschaftswachstums wie die Verbesserung der finanziellen Attraktivität, die Entstehung und Stärkung neuer Märkte aufgrund steigender Einkommen und der bevorstehenden demografischen Diversifizierung.

Der Bericht sagt auch, dass die Menge an qualifizierten Arbeitskräften in Indien wachsen und Einkommensverluste sich wahrscheinlich umkehren werden, sobald eine wirtschaftliche Stabilität erreicht ist. Dies wird teilweise durch die steigende Beschäftigung im Dienstleistungssektor vorangetrieben. Die Kreditquote des Landes, die als Indikator für die finanzielle Attraktivität gilt, wird in den nächsten zehn Jahren voraussichtlich steigen, da die aufstrebenden Massenmärkte die Preise für Waren drücken.

Die Indische Zentralbank (RBI) hat die Devisenreserven des Landes aufgestockt, was zur Stabilisierung der indischen Rupie beitragen und eine starke Abwertung der Währung bei möglichen globalen Schocks verhindern soll. Darüber hinaus könnte die Regulierungsbehörde größere Portfoliozuflüsse verzeichnen und dürfte die Kreditkosten für indische Unternehmen senken, so der Bericht. Darin heißt es weiter:

"Eine anhaltende Lockerung durch die RBI führt darüber hinaus endlich zu einer Senkung der realen Kreditzinsen, die seit 2016 eine Wachstumsbremse darstellen. Wir sehen Finanzwerte weiterhin als Hauptnutznieser der indischen Wachstumsstory."

Indien hat eine ehrgeizige Impfkampagne gestartet, in deren Rahmen rund 300 Millionen Menschen geimpft werden sollen. Der jüngste Anstieg der COVID-19-Fälle im Land hat jedoch die Besorgnis über eine zweite Infektionswelle verstärkt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/605b349a48fbef3bde3dcb79.jpg>

### **dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 27. März 3:00 Uhr bis 28. März 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU 8.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Gorlowka: Mörser 82mm – einmal (3 Mörsergeschosse), Antipanzergrenatwerfer – zweimal (4 Granaten), automatische Granatwerfer – zweimal (5 Granaten); Schusswaffen – einmal.

Richtung Donezk: Mörser 120mm – einmal (16 Mörsergeschosse), Antipanzergrenatwerfer – 1 mal (2 Granaten), Schusswaffen – einmal.

Richtung Mariupol: Mörser 120mm – einmal (6 Mörsergeschosse), Antipanzergrenatwerfer – zweimal (5 Granaten), automatische Granatwerfer (17 Granaten).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

**Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Sajzewo, Wasiljewka, Wesjoloje, Jakowlewka, Leninskoje, Oktjabrj.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

**Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 58.**

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 3 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

### **de.rt.com: Russischer Experte: Westen führt "mentalen Krieg" gegen Russland**

Aus Angst vor russischen Atomwaffen und seiner großen Armee sind andere Staaten bestrebt, einen direkten Konflikt mit Russland zu vermeiden. Darauf wies ein hoher russischer Beamter hin. Er warnte, dass sie stattdessen einen hybriden Krieg gegen die Gesellschaft führen.

In einem Interview mit der russischen Zeitschrift Arsenal des Vaterlandes wies Andrei Ilnizki, ein Berater im russischen Verteidigungsministerium, darauf hin, dass sich der Westen der Größe des russischen Raketensarsenals und seiner modernen, gut ausgerüsteten Truppen sehr bewusst sei. Infolgedessen gebe es wenig bis keine Aussicht auf einen echten bewaffneten Konflikt zwischen den rivalisierenden Sphären innerhalb des nächsten Jahrzehnts.

Allerdings habe all dies zur Entstehung einer neuen Art von Krieg geführt. In der Vergangenheit "war es das Ziel von Kriegen, die Arbeitskraft des Gegners zu zerstören, dann, in modernen Cyberkriegen, ging es darum, die Infrastruktur des Gegners zu zerstören."

Nun aber, so warnte Ilnizki, habe sich eine neue Art der Kriegsführung entwickelt, deren "Ziel es ist, das Selbstbewusstsein zu zerstören und die mentale – zivilisatorische – Basis der gegnerischen Gesellschaft zu verändern. Ich würde dies einen mentalen Krieg nennen", sagte der Berater.

Während verlorene Menschenleben und beschädigtes Eigentum im Laufe der Zeit wieder aufgefüllt werden können, verursache der Verlust des Selbstbewusstseins, wer man als Land ist, dauerhaften Schaden, so der Berater. Ihm zufolge treten die Folgen eines solchen Angriffs "nicht sofort auf, sondern erst nach einer Generation, wenn es schon unmöglich ist, etwas zu tun".

Ende letzten Jahres hatte der Pressesprecher des Kreml Dmitri Peskow betont, dass die russische Kultur grundsätzlich mit der westeuropäischen Zivilisation vereinbar sei, und hinzugefügt, dass es dumm wäre, den Westen schlecht zu behandeln. Peskow hob hervor: "Der Westen hat Technologien, und wir hinken ihnen in vielerlei Hinsicht hinterher. Sie haben eine reiche Kultur, an der wir Anteil haben. Wir haben ebenfalls das höchste Niveau an

Kultur, die man einfach lieben muss."

Der Pressesprecher stellte aber fest, dass Präsident Wladimir Putin auf der Weltbühne häufig auf "koloniale Manifestationen" anderer Staatsoberhäupter stößt.

Im Dezember hatte der russische Außenminister Sergei Lawrow gesagt, dass ein hybrider Krieg um den Ruf von Russlands COVID-19-Impfstoffen geführt werde. Der Chefdiplomat erklärte:

"Westliche Staaten versuchen nicht nur, das humanitäre Thema des Kampfes gegen Coronavirus-Infektionen zu politisieren, sondern auch, die Pandemie zu nutzen, um Regierungen zu bestrafen, die sie nicht mögen."

Lawrow beklagte den Niedergang der freundschaftlichen Beziehungen zu den USA, Großbritannien und der EU und betonte:

"Wir bleiben offen für den Dialog mit unseren westlichen Kollegen. Natürlich unter der Voraussetzung, dass sie es aufgeben, uns zu sagen, was wir zu tun haben, zusammen mit ihrer Erpressungs- und Ultimatumspolitik."

Anfang des Jahres behauptete Jens Stoltenberg, der Generalsekretär des NATO-Militärblocks, dass Moskau "aggressive Aktionen" unternehme, und forderte die NATO-Mitgliedsstaaten auf, Geld in ihre Streitkräfte zu pumpen, um die angebliche Bedrohung aus dem Osten abzuwehren.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/605f0c50b480cc30b71d16b1.JPG>

**Lug-info.com: In der LVR sind am 28. März um 9:00 Uhr 3664 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 3012 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 315 Todesfälle.**

**de.rt.com: Weltweiter Vergleich: Weniger Freiheit in den USA als in der Mongolei und in Argentinien**

Die USA fallen erneut im weltweiten "Freiheits-Ranking" der Organisation Freedom House. Schuld seien das ungelöste Rassismusproblem und der negative Einfluss des Geldes auf die politische Ausrichtung der Vereinigten Staaten. Die Probleme der USA wirkten sich zudem negativ auf andere Demokratien aus.

Allein den skandinavischen Ländern Finnland, Schweden und Norwegen erteilte die Organisation "Freedom House" alle zu vergebenen 100 Punkte in ihrem weltweiten Freiheits-Ranking. Vor zehn Jahren konnten sich die USA noch über 94 Punkte erfreuen. Jetzt sind es 83. Damit liegen die Vereinigten Staaten auf einer Stufe mit Rumänien, Kroatien und Panama. Das Ziel der Organisation "Freedom House" ist nach eigenen Aussagen die "Verteidigung der

Menschenrechte mit dem Fokus auf politische Rechte und die Freiheit der Zivilbevölkerung". Den Vereinigten Staaten attestiert Freedom House, ein erkranktes System zu sein, das einer dringenden Überarbeitung bedürfe. Hier wird zunächst auf die Erstürmung des Kapitols durch Anhänger des damaligen Präsidenten Donald Trumps verwiesen. Büros von Abgeordneten wurden geplündert, fünf Menschen starben.

Auch die Wahl des neuen US-Präsidenten Joe Biden konnte nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass "spezielle Interessengruppen mit großen finanziellen Mitteln einen wachsenden politischen Einfluss" in dem Land hätten.

Der Abwärtstrend habe sich sich unter der Trump-Ära beschleunigt. Die Hürden gegen die Korruption seien eingerissen worden, eine diskriminierende Politik gegen Asylsuchende und Migranten verfolgt. Der weltweite Einfluss der USA führe zudem auch zu einem schädigenden Effekt auf andere Demokratien.

Das Rassismusproblem sei von Beginn an ein Grundstein der Vereinigten Staaten gewesen und hätte bis heute nicht gelöst werden können. Die Ungleichheiten bestünden weiter, und die Schere zwischen Arm und Reich werde durch diskriminierende Einstellungen gegenüber ethnischen Minderheiten gefördert. Das System lebe von hohen Strafen und finanziellen Bußgeldern für kleinkriminelle Vergehen. Die Migrationspolitik verletze internationale Menschenrechte und stünde entgegen den US-amerikanischen Verfassungsgrundsätzen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/605c552b48fbef20d414332c.jpg>

Mzdnr.ru: Am 27. März wurden in der DVR 162 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 56 positiv, bei 38 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt.

Am 28. März um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 28.697 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

5496 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 20.972 als gesund entlassen, es gibt 2229 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 66 Fälle von Lungenentzündung diagnostiziert, 27 Fälle weniger als in den vorangegangenen 24 Stunden. Davon wurden 52 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 954 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 484 mit Sauerstoffunterstützung (+19 in den letzten 24 Stunden).

Außerdem wurden bei 47 Express-Tests 12 Patienten entdeckt, die zuvor eine Coronavirusinfektion durchgemacht hatten. Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 463 Patienten entdeckt, die zuvor eine Covid-19 Erkrankungen durchgemacht hatten.

**nachmittags:**

wpered.su: **In Donezk schloss man sich der internationalen Karawane gegen die Blockade Kubas an**

Am 28. März führten Vertreter der KP der DVR und der Freundschaftsgesellschaft „Donbass – Kuba“ eine Aktion zur Unterstützung Kubas durch. So unterstützten sie den Aufruf von Vertretern des ICAP (Kubanisches Institut für Völkerfreundschaft), sich der internationalen Karawane gegen die Blockade der Insel der Freiheit anzuschließen, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Veranstaltungen gegen die von der US-Regierung verhängten Blockade finden am 27. und 28. März auf der ganzen Welt statt. Sie sind auf eine Erhöhung der Informiertheit der internationalen Öffentlichkeit über die genozidartige Handels-, Wirtschafts- und Finanzblockade, die seit dem 7. Februar 1962 in Kraft ist und deren Ziel es ist, das kubanische Volk zu strangulieren, gerichtet.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2021/03/Kuba-1-768x432.jpg>

snews.de: **Cyberangriff auf australischen Sender – wieder ist „der Russe“ schuld?**

Der australische TV-Sender Channel Nine hat am Sonntag wegen eines Cyberangriffs seine Sendungen unterbrechen müssen, teilte das offizielle Konto des Senders auf Twitter mit.

Wegen der mithilfe von Erpressungssoftware verübten Hackerattacke konnte Channel Nine die Sonntagsnachrichten sowie eine Reihe anderer Live-Sendungen aus Sydney nicht übertragen.

Nicht genannte Sicherheitsexperten behaupteten gegenüber dem Portal „TV Blackbox“, die Attacke stamme wahrscheinlich aus Russland, weil diese sehr ausgefeilt sei.

Als mutmaßlichen Grund für den Angriff nannten die Experten die neueste Folge des Enthüllungsprogramms „Under Investigation“, in der es um Russland und sein vermeintliches C-Waffen-Programm gehen sollte.

Trotz der Nutzung von Erpressungssoftware sei kein Geld von dem Sender verlangt worden. Russland wird regelmäßig vorgeworfen, Cyberattacken auf diverse Organisationen in verschiedenen Staaten durchgeführt zu haben. Russland weist alle Vorwürfe zurück: westliche Länder hätten keine Beweise vorgelegt. Gleichzeitig hat die russische Führung sich zu Gesprächen über die Cybersicherheit bereit erklärt.

Russland ist seit 1997 Mitglied der Chemiewaffenkonvention. 2017 gab das Land die erfolgreiche Entsorgung aller C-Waffen-Vorräte bekannt.



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/1c/1476822\\_0:25:2800:1600\\_1280x0\\_80\\_0\\_0\\_3e79ea0495a4e942b9a4d506bc2d59e3.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/1c/1476822_0:25:2800:1600_1280x0_80_0_0_3e79ea0495a4e942b9a4d506bc2d59e3.jpg)

### armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 28.03.2021**

**In den letzten 24 Stunden**, vom 27. auf den 28. März, hat der Gegner weitere Feuerprovokationen begangen.

In Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **acht Feuerprovokationen** auf das Territorium unserer Republik begangen.

**In Richtung Gorlowka** haben Kämpfer des 108. Bataillons der 10. Brigade der BFU von den Positionen im Gebiet von Majorsk aus das Feuer mit verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen auf **Sajzewo** eröffnet. Außerdem haben Kämpfer des 109. Bataillons der 10. Brigade von den Positionen im Gebiet von Schumy aus das Feuer mit Mörsern auf die **Siedlung des Bergwerks 6/7** in Gorlowka eröffnet.

**In Richtung Donezk** haben Kämpfer des 16. Bataillons der 58. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Kaschtschenko von den Positionen im Gebiet von Peski aus **Wesjoloje** mit 120mm-Mörsern beschossen und 16 Mörsergeschosse abgefeuert.

Kämpfer des 1. und 2. Bataillons der 72. mechanisierten Brigade haben zweimal das Feuer mit verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen aus Richtung Nowosjelowka Wtoraja und Awdejewka auf **Wasiljewka** und **Jakowlewka** eröffnet.

**In Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 36. Brigade auf Befehl von Gnatow dreimal das Feuer mit Mörsern und verschiedenen Arten von Granatwerfern von den Positionen in den Gebieten von Wodjanoje und Gnutowo aus auf **Leninskoje** und **Oktjabrj** eröffnet und sechs Mörsergeschosse des Kalibers 120mm sowie 22 Granaten abgefeuert.

**Seit Beginn des heutigen** Tages haben Kämpfer der 10. Brigade der BFU auf Befehl des Kriegsverbrechers Kotlik von den Positionen in den Gebieten und Schumy und Leninskoje aus das Mörserfeuer auf die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** in Gorlowka eröffnet und 5 Mörsergeschosse des Kalibers 82 und 120mm abgefeuert.

Die Verstöße wurde operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen und die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Die ukrainischen bewaffneten Formationen setzen die Maßnahmen zur **Verstärkung von Minensperren** fort, was direkt Leben und Gesundheit friedlicher Bürger bedroht sowie die Arbeit der OSZE-Mission behindert, insbesondere durch Verminung von allgemeinen Straße und anliegenden Territorien.

So haben Kämpfer der 59. Brigade 28 Antipanzermine TM-62 quer über eine örtliche Straße

am südwestlichen Rand von Trawnwoje installiert. Diese Sachverhalte werden vom Bericht der OSZE-Mission vom 27.03.2021 bestätigt.

Wir stellen weiter **Folgen des Vorfalles fest, als am 26. März sechs Kämpfer der 10. Brigade im Gebiet von Schumy auf Minen gerieten**. Die für das Kommando der ukrainischen Streitkräfte unangenehme Thematik hat ein breites öffentliches Aufsehen erregt, was eine Reihe von Vorwürfen an das Brigadekommando von Seiten des Verteidigungsministeriums hervorgerufen hat. Am Ort der Detonation sind außerplanmäßig der Leiter des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte Krnejschuk und der Kommandeur der ukrainischen Streitkräfte Chomtschak eingetroffen. Dank ihrer Arbeit wurde der Name des vierten getöteten Kämpfers bekannt, es handelt sich um den Soldaten Gajtschenko. Ziel des Besuchs der hochrangigen Beamten ist die Durchführung einer Ermittlung zum Durchsichern von Informationen über die realen Ursachen des Geschehens. Das Personal der Brigade hat bereits die Anweisung erhalten, dass es verboten ist, Informationen über den genannten Vorfall zu verbreiten und zu kommentieren. Außerdem wurde ein Verbot der Arbeit von Medien im Gebiet von Schumy festgelegt.

Aber trotz der harten Zensur zur Verheimlichung der nicht kampfbedingten Verluste und der Umstände, unter denen sie entstanden sind, erhalten wir weiter zuverlässige Informationen über den Verlauf der Ermittlung. So wurde bekannt, dass einer der Toten, Oberstleutnant Kowal, Kommandeur einer Einheit des 143. Minenräumungszentrums war, was nur unsere Information bestätigt, dass es sich um einen weiteren Fall von Geraten auf Minen handelte und die erlittenen Verluste nicht kampfbedingt sind. Es muss angemerkt werden, dass dies nicht der einzige Fall ist, dass Personal in diesem Gebiet auf Minen geriet. So gerieten am 13. Juli 2020 bei der Durchführung von Diversions- und Aufklärungsmaßnahmen im Gebiet von Sajzewo drei Soldaten der 35. Brigade auf Minen. Diese Verluste versuchte das Kommando der ukrainischen Streitkräfte auch erfolglos als Ergebnis eines Feuergefechts darzustellen. Ich erinnere daran, dass die 10. Brigade die 35. Brigade an dem ukrainischen Verteidigungsabschnitt nördlich und nordwestlich von Gorlowka abgelöst hat. Nach dem aufsehenerregenden Vorfall, als Marineinfanteristen auf Minen gerieten, unternahm das Kommando der ukrainischen bewaffneten Formationen Versuche, Ordnung in seine Minensperren zu bringen, wie wir sehen ohne Ergebnis. Die Situation hat sich sogar mit der Ankunft von Spezialisten für den technischen Bereich aus dem 143. Minenräumungszentrum nicht verbessert. Vom Niveau ihrer Qualifikation zeugt klar die Tatsache, dass einer derjenigen, die auf Minen geraten sind, ein Offizier mit einem hohen militärischen Rang, Oberstleutnant, ist. Was kann man dann über die Ausbildung einfacher Soldaten, die sich mit Minenräumung befassen, sagen.

#### snews.de: **Armeniens Premier plant Rücktritt im April**

Armeniens Premierminister Nikol Paschinjan hat am Sonntag erklärt, im April zurücktreten zu wollen.

Die Ankündigung machte der Politiker bei einem Treffen mit den Einwohnern eines Dorfes im Südwesten des Landes.

Paschinjan beteuerte, er werde amtierend die Pflichten des Premierministers erfüllen. Der Rücktritt sei damit eine Formalität, die es ermöglichen solle, vorgezogene Wahlen in die Nationalversammlung der Kaukasus-Republik durchzuführen.

Zuvor hatte Paschinjan mit dem Präsidenten des Landes, Armen Sarkissjan, die Möglichkeit einer vorgezogenen Wahl am 20. Juni besprochen. ...



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/02/19/1043702\\_0:0:3173:1785\\_1280x0\\_80\\_0\\_0\\_e59fab5c3b540a2597855a14eb21112e.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/02/19/1043702_0:0:3173:1785_1280x0_80_0_0_e59fab5c3b540a2597855a14eb21112e.jpg)

### Mil-Inr.info: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR**

Nach Angaben der Beobachter der Vertreter der LVR im GZKK wurde in den letzten 24 Stunden **eine Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung der Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

**In Richtung Debalzewo** haben Kämpfer des 9. Panzergrenadierbataillons der 59. Brigade in Ausführung eines verbrecherischen Befehls des Brigadekommandeurs Schapowalow von den Positionen im Gebiet von Swetlodarsk aus das Feuer mit 120mm- und 8 2mm-Mörsern, großkalibrigen Maschinengewehren auf **Losowoje** eröffnet und elf Mörsergeschosse abgefeuert.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen stationiert der Gegner weiter **Waffen und Militärtechnik in Ortschaften** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium.

Im Verantwortungsbereich der 59. Brigade wurden zwei Schützenpanzer in unmittelbarer Nähe eines privaten Hauses in der Skelewaja-Straße in Mironowskij stationiert. ...

### de.rt.com: **UN-Sondergesandter beschuldigt Militärjunta in Myanmar des "Massenmordes"**

Nach Angaben von Medienberichten aus Myanmar soll das Militär am Samstag mutmaßlich über einhundert Menschen in verschiedenen Teilen des Landes umgebracht haben. Viele ausländische Politiker verurteilten die Gewalt. US-Außenminister Blinken sprach von einer "Terrorherrschaft".

Der Sondergesandte der Vereinten Nationen für Menschenrechte in Myanmar, Tom Andrews, hat dem Militär des Landes "Massenmord" an seiner eigenen Bevölkerung vorgeworfen. Andrews reagierte damit in der Nacht zum Sonntag auf Berichte, wonach am Sonnabend mehr als 100 Menschen bei landesweiten Demonstrationen gegen das Militär getötet worden seien.

Dabei sollen Sicherheitskräfte mit scharfer Munition und teils auch gezielten Kopfschüssen gegen unbewaffnete Zivilisten, darunter auch Kinder und medizinisches Personal, vorgegangen sein. Allerdings sind solche Berichte nicht verifizierbar und konnten bisher definitiv nicht von unabhängigen Stellen bestätigt werden. US-Außenminister Antony Blinken sprach seinerseits auf Twitter von einer "Terrorherrschaft" des Militärs:

"Wir sind entsetzt über das Blutvergießen der birmanischen Sicherheitskräfte, das zeigt, dass die Junta das Leben der Menschen opfern wird, um den Wenigen zu dienen. Ich möchte den Angehörigen der Opfer mein tiefstes Beileid aussprechen. Die mutigen Menschen in Birma lehnen die Terrorherrschaft des Militärs ab."

Nach Angaben der Nachrichtenportals Myanmar Now seien am Samstag 114 Menschen in 44 Städten ums Leben gekommen. In den sozialen Medien wurden Bilder geteilt, wonach die

Sicherheitskräfte weiterhin brutal gegen den Widerstand in der Bevölkerung vorgehen würden. Nach Medienberichten hätten Polizisten und Soldaten bei einer Beerdigung eines getöteten Studenten im südlichen Bago auf die Trauergäste geschossen. In der Handelsmetropole Rangun soll das Militär in Bezirken, in denen es immer wieder zu Protesten kommt, auf Wohngebäude geschossen haben. "Die Menschen haben jetzt Angst rauszugehen und manche sind verletzt," sagte eine 24-jährige Anwohnerin der Deutschen Presse-Agentur. Das Militär hatte Anfang Februar gegen die faktische Regierungschefin Aung San Suu Kyi geputscht. Die 75-Jährige sitzt seither im Hausarrest und wird von der Justiz verschiedener Vergehen beschuldigt. Die Demonstranten fordern eine Wiedereinsetzung der zivilen Regierung von Aung San Suu Kyi.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/6060660648fbef728757427a.jpg>